

Modified relay feedback method for improved system identification.

Das vorliegende Arbeitspapier bietet einen Einblick in das Freizeitverhalten Nürnberger Grundschulkinder. Dargestellt werden die Ergebnisse der zweiten Welle des Nürnberger Kinderpanels, in der im Sommer 2002 348 Kinder und ihre Eltern persönlich befragt wurden. Bevor die empirischen Ergebnisse zum Freizeitverhalten Nürnberger Grundschulkinder dargestellt werden, wird zunächst kurz auf die wichtigsten Thesen und Entwicklungslinien der Erforschung der Kinderfreizeit aus einer kindheitsorientierten Perspektive eingegangen. Hingewiesen wird etwa auf die steigende Bedeutung der Freizeitaktivitäten der Schulkinder im Hinblick auf das Erreichen prestigeträchtiger Positionen, da Schulabschlüsse eine geringere Rolle beim Statuserwerb spielen, was sich als so genanntes Bildungsparadox ausdrücken lässt: Wenn immer mehr Jugendliche höhere Qualifikationen erwerben, ist die höhere Qualifikation keine höhere mehr, sondern Regelqualifikation. Dadurch wird der Erwerb von kulturellem und sozialem Kapital außerhalb der Schule immer wichtiger und es setzt sich ein Verständnis von Freizeit als Phase des Lernens durch, in der Kinder zusätzliche Kompetenzen erwerben und damit ihre Wettbewerbsposition verbessern. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Professionalisierung des außerschulischen Lernens. Anhand der Untersuchung wird deutlich, dass die meisten Kinder ein durchaus vielfältiges, sozial eingebundenes Freizeitspektrum haben und sich nicht in Kästchen mit der Aufschrift "verplant, verhäuslicht, mediatisiert" stecken lassen. Allerdings zeigen sich in der Nutzung verschiedener Freizeitangebote auch durchaus einige Unterschiede zwischen den Kindern in Abhängigkeit von ihrem Geschlecht oder der Armutsbetroffenheit ihrer Familie. (ICD2)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechterforscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2008s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die